

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

# DELIBERATIVE DEMOKRATIE UND ÖKOLOGIE

Eine Bestandsaufnahme des französischen  
Bürger\_innenkonvents zum Klimaschutz

**Kollektiv OPD2020**  
April 2021



Frankreichs Präsident Macron reagierte auf die »Gelbwes-ten«-Proteste, die sich an der Anhebung der Steuern auf Treibstoffe entzündeten, unter anderem mit der Einberufung eines Bürgerkonvents für das Klima.



Dieses Bürgerkonvent, dessen Mitglieder per Losentscheid ausgewählt wurden, sollte Antworten darauf finden, wie Frankreich unter Beachtung der Grundsätze sozialer Ge-richtigkeit seine Treibhaus-gasemissionen bis 2030 um 40 Prozent mindern kann.



Nach mehrmonatiger Arbeit legte der Bürgerkonvent im Spätsommer 2020 schließlich 149 Vorschläge zum öko-logischen Umbau von Wirt-schaft und Gesellschaft vor.

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

# DELIBERATIVE DEMOKRATIE UND ÖKOLOGIE

Debatten und politische Empfehlungen

»Neun Monate lang haben wir gemeinsam eine außergewöhnliche und intensive menschliche Erfahrung gemacht, durch die uns bewusst geworden ist, dass eine tiefgreifende Veränderung unserer Gesellschaft und unserer Lebensweise dringend notwendig ist.«

(Schlussbericht des Bürger\_innenkonvents zum Klimaschutz)

## WARUM EIN BÜRGER\_INNENKONVENTS ZUM KLIMASCHUTZ?

Der französische Bürger\_innenkonvent zum Klimaschutz (*Convention citoyenne pour le climat*) hat seinen Ausgangspunkt in den Protesten der »Gelbwesten«, einer Protestbewegung, die sich im Herbst 2018 zunächst in Reaktion auf eine Anhebung der Verbrauchssteuer auf Treibstoffe und der daraus resultierenden Erhöhung der Treibstoffpreise gebildet hatte. Im weiteren Verlauf nahm die »Gelbwesten«-Bewegung weitere Forderungen zum Erhalt der Kaufkraft sowie der Erweiterung demokratischer Teilhabe auf. Die Ausweitung der Proteste im ganzen Land mit der Besetzung von Kreisverkehren und wöchentlichen Demonstrationen schuf ein Klima sozialer Konfrontation, das durch mehrere große Klimamärsche noch zusätzlich an Brisanz gewann.

Um aus dieser Situation einen Ausweg zu finden, initiierte Präsident Emmanuel Macron am 15. Januar 2019 die »Grand débat national« an, eine breit angelegte Befragung der Bürger\_innen, die mit Unterstützung der lokalen Behörden im ganzen Land durchgeführt wurde. In Reaktion auf diese Initiative richtete ein Kollektiv mit dem Namen *Démocratie Ouverte*, das sich aus Gelbwesten, Umweltaktivist\_innen und Wissenschaftler\_innen zusammensetzte, einen offenen Brief an den Präsidenten, in dem Erwartungen an die Durchführung der *Grand débat* formuliert und die Einberufung einer durch Los bestimmten repräsentativen Bürger\_innenversammlung gefordert wurde, die Vorschlägen zum Klimaschutz erarbeiten sollte, die später in einem Referendum der gesamten Bevölkerung zur Abstimmung gestellt würden.

Präsident Macron kündigte dann anlässlich einer Pressekonferenz zum Abschluss der *Grand débat national* am 25. April 2019 tatsächlich die Einberufung einer solchen Bürger\_innenversammlung an. Zwei Monate später, im Juli 2019, wandte sich der seinerzeitige Premierminister Édouard Philippe an den Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (CESE) mit der Bitte, die Bürger\_innenversammlung einzurichten und zu deren Durchführung einen Lenkungsausschuss zu bilden, der »über eigene Entscheidungsbefugnisse bei der Erfüllung

seiner Aufgaben« verfügt.<sup>1</sup> Damit war der Bürger\_innenkonvent aus der Taufe gehoben. Er bestand aus 150 per Los ausgewählten Bürger\_innen, die in ihrer Zusammensetzung repräsentativ für die Gesellschaft sein sollten. Dem Konvent wurde aufgetragen »Strukturmaßnahmen zu entwickeln, um unter Beachtung der Grundsätze sozialer Gerechtigkeit die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren«. Auch sollte er empfehlen, in welcher Form seine Vorschläge umgesetzt werden sollten (Verordnung, Gesetz oder Referendum).

Im politischen System Frankreichs, dessen Funktionsweise dem Idealtyp einer Mehrheitsdemokratie entspricht, sind Wahlen das demokratische Moment schlechthin; die Beteiligung der Bürger\_innen am politischen Entscheidungsprozess bleibt im Wesentlichen auf dieses Moment beschränkt. Vor diesem Hintergrund markiert die Entscheidung von Präsident Macron, mit der Einberufung des Bürger\_innenkonvents für das Klima gleichzeitig den Forderungen der »Gelbwesten« und der Klimaschutzbewegung Rechnung zu tragen, eine beispielhafte Innovation der französischen Demokratie. Macron sagte zudem zu, die Vorschläge des Bürger\_innenkonvents »ungefiltert« umzusetzen bzw. der politischen Abstimmung zu übergeben.<sup>2</sup>

Wie funktionierte der Bürger\_innenkonvent? Gibt es anderswo ähnliche demokratische Experimente? Entsprachen die Vorschläge des Konvents dem Auftrag, der ihm erteilt worden war? Auf diese Fragen soll der vorliegende Beitrag Antworten geben.<sup>3</sup>

- 1 Auftragsschreiben von Premierminister Édouard Philippe an den Präsidenten des CESE, Patrick Bernasconi, Paris, 2.7.2019.
- 2 »Ich verpflichte mich, die Beschlüsse dieses Konvents ungefiltert entweder im Parlament oder in einem Referendum zur Abstimmung zu stellen oder per Verordnung direkt zur Anwendung zu bringen«, Pressekonferenz vom 25.4.2019.
- 3 Wichtigste Quelle dieses Beitrags ist der Schlussbericht des Bürger\_innenkonvents zum Klimaschutz (CCC 2020). Der 460-seitige Bericht, der mit 95 Prozent Ja-Stimmen fast einstimmig verabschiedet wurde, enthält die 149 von den Konventsmitgliedern angenommenen Vorschläge. Diese Vorschläge sind in fünf Themenbereiche gegliedert, ein zusätzliches Kapitel befasst sich mit Verfassungsänderungen. Im Anschluss an die Vorschläge werden stets die entsprechenden Ziele dargestellt, die mit den Maßnahmen verfolgt werden sollen. Zu den Vorschlägen gibt es außerdem jeweils eine Stellungnahme des Rechtsausschusses bezüglich ihrer rechtlichen Umsetzung. Um seiner Aufgabe bestmöglich nachzukommen, hat der Rechtsausschuss die Vorschläge zuweilen in Untervorschläge aufgeteilt, sodass der Bericht nunmehr 177 Vorschläge umfasst. Diese werden im zweiten Teil dieses Beitrags ausführlich behandelt. Eine weitere Quelle dieses Beitrags sind leitfadengestützte Interviews, die Jean Bonardel im Rahmen seiner Abschlussarbeit im dritten Studienjahr an der Sciences Po Grenoble mit Mitgliedern des Bürger\_innenkonvents geführt hat (Bonardel 2019). Anhand dieser Interviews werden im ersten Teil dieses Beitrags die Funktionsweise und der Ablauf des Bürger\_innenkonvents dargestellt.

Abbildung 1.  
**Entstehung und Ablauf des Bürger\_innenkonvents zum Klimaschutz**

## 2018

- Anfang Nov. Erhöhung der Steuern auf Treibstoffe: erste Aktionen von Demonstrant\_innen in gelben Warnwesten, die Kreisverkehre in ländlichen Gebieten blockieren.
- 17.11. Akt I der Gelbwesten: Protestbewegung gegen die Erhöhung der Treibstoffsteuern. Der Innenminister spricht von landesweit mindestens 287.000 Demonstrant\_innen, die Organisator\_innen der Bewegung von 1,3 Millionen.
- 01.12. Gewalt und Vandalismus in zahlreichen Städten
- 05.12. Aussetzung der Erhöhung der Treibstoffsteuern für 2019
10. Dez. Rede von Emmanuel Macron, in der er ankündigt, den Mindestlohn um 100 Euro zu erhöhen; erneute Erhöhung der Sozialsteuer *contribution sociale généralisée* für bestimmte Rentner\_innen

## 2019

- 05.01. Erneute Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstrant\_innen
- 07.01. Ankündigung eines neuen Gesetzes gegen Randalierer\_innen
- 12.01. Akt IX der Gelbwesten: Wiederaufnahme der Demonstrationen nach dem »Tief« während der Feiertage
- 15.01. Beginn der *Grand débat national*, offener Brief des Kollektivs *Démocratie Ouverte*, Einsetzung einer Bürger\_innenversammlung zur Beendigung der Krise
- 25.04. Ankündigung des Plans zur Bildung des Bürger\_innenkonvents zum Klimaschutz
- 02.07. Beauftragung des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats (CESE) durch die Regierung; das Auftragschreiben gibt die Organisation, das Mandat und die Leitung des Konvents vor
- 04.–06.10. Sitzung 1: Kennenlernen, Analyse des Auftrags des Konvents und des angestrebten Ziels, Auswertung des Klimawandels und seiner Folgen
- 25.–27.10. Sitzung 2: Auseinandersetzung mit den Themen: Bestandsaufnahme, Kontroversen, Handlungsansätze
- 15.–17.11. Sitzung 3: Vertiefung der Lösungssuche

## 2020

- 10.–12. 01. Sitzung 4: Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen
- 07.–09.02. Sitzung 5: Vertiefung und erste Entwürfe für den Schlussbericht des Konvents
- 06.–08.03. Sitzung 6: Bestätigung der Vorschläge und der einzelnen Kapitel des Schlussberichts
- 10.–21. 06. Sitzung 7: Korrekturlesen, Änderungen und formale Verabschiedung, dann Präsentation des Schlussberichts vor Regierung und Presse
- 29.06. Emmanuel Macron sagt zu, 146 der 149 Vorschläge des Bürger\_innenkonvents zu übernehmen
- 12.10. Der Bürger\_innenkonvent fordert die Regierung in einem Brief dazu auf, die Unterstützung der 146 im Juni übernommenen Vorschläge erneut zu bekräftigen
- 15.11. Die Petition zur »Rettung des Bürger\_innenkonvents« wird gestartet
- 17.11. Abstimmung über den Gesetzentwurf zum Haushalt 2021, der keine der vom Bürger\_innenkonvent ausgearbeiteten Vorschläge für steuerliche oder Haushaltsmaßnahmen enthält

## 2021

- 26.–28.02. 8. und letzte Sitzung des Bürger\_innenkonvents mit dem Ziel, die Reaktion der Regierung auf den Schlussbericht auszuwerten

## EINE ANTWORT AUF DIE KRISE DER DEMOKRATIE? DIE FUNKTIONSWEISE DES BÜRGER\_INNENKONVENTS

Die Durchführung des Bürger\_innenkonvents durch den CESE erfolgte nach einem genauen Zeitplan (Abbildung 1). Jede der sieben Sitzungen des Konvents fand an einem dreitägigen Wochenende in Paris am Sitz des CESE statt. Erklärtes Ziel war es, am Ende dieser sieben Sitzungen einen umfassenden Bericht vorzulegen, der unter Berücksichtigung der Prinzipien sozialer Gerechtigkeit konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der französischen Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent bis 2030 vorschlägt.

Die erste Sitzung im Plenum fand drei Monate nach der Auftragserteilung an den CESE statt. Bei dieser ersten Sitzung wurde der weitere Ablauf geplant und den Mitgliedern durch Präsentationen, Vorträge und Diskussionen mit Expert\_innen aus allen relevanten Bereichen ein besseres Verständnis für die Bedrohungen des Klimawandels vermittelt. Danach wurde in bis zur siebten Sitzung im Juni 2020 in Untergruppen in einem Rhythmus von etwa einem Wochenende pro Monat getagt. Während des Lockdowns zwischen März und Mai 2020 pausierten die Sitzungen. Die Zuteilung der Mitglieder des Konvents auf die verschiedenen Arbeitsgruppen erfolgte per Los. Dazwischen fanden regelmäßig Plenartreffen statt, um die Zustimmung aller Konventsmitglieder einzuholen. In der abschließenden Sitzung im Plenum wurden die Vorschläge erneut geprüft und teilweise abgeändert, der Schlussbericht offiziell verabschiedet und kurz darauf der Regierung und der Presse vorgestellt.

Um dem Bürger\_innenkonvent eine fundierte Arbeit zu ermöglichen, zog der CESE zahlreiche Akteur\_innen aus unterschiedlichen Fachbereichen zurate. Ein von der Regierung unabhängiger Lenkungsausschuss wurde eingerichtet, um den Konvent zu unterstützen, seine Unabhängigkeit zu wahren und die Achtung seiner Beschlüsse sicherzustellen. Der Lenkungsausschuss bestand aus 15 nicht zum Konvent gehörenden Fachleuten. Bei jeder Sitzung des Lenkungsausschusses wurden zudem zwei Konventsmitglieder hinzugezogen, die wieder per Los ausgewählt wurden. Darüber hinaus wurde noch ein Aufsichtsgremium eingerichtet, dem u.a. der Umweltaktivist Cyril Dion angehörte; dieses Gremium sollte den Prozess von außen begleiten und seine Unabhängigkeit garantieren.

Auch wenn der Konvent in Frankreich eine demokratische Neuheit ist, folgt er einer langen Reihe von deliberativen Experimenten, die zu unterschiedlichen Themengebieten in verschiedenen Teilen der Welt bereits durchgeführt wurden (Tabelle 1). Diese Experimente, die unter dem Sammelbegriff »Mini-Publics« zusammengefasst werden, stützen sich weitgehend auf das Modell des »Deliberative Polling« (Fishkin 1995). Mittels eines Vergleichs mit anderen »Mini-Publics« untersuchen wir die Arbeitsweise des Bürger\_innenkonvents anhand von vier Aspekten, die unserer Meinung nach den Kern jedes deliberativen Prozesses ausmachen:

- die Entsendung von Vertreter\_innen,
- die Informationsgewinnung,
- die Diskussion und
- die Entscheidungsfindung.

### Methoden der Entsendung von Vertreter\_innen

In modernen politischen Systemen wäre die Implementierung eines deliberativen Prozesses auf großer Stufenleiter aufgrund der Größe unserer politischen Gemeinschaften undenkbar. Für die Bildung einer Bürger\_innenversammlung ist daher die Auswahl einer kleinen Anzahl von Personen unerlässlich. Wie alle anderen »Mini-Publics« auf der Welt wurde so auch der Bürger\_innenkonvent für das Klima aus Bürger\_innen gebildet, die per Losentscheid aus der Gesamtbevölkerung ausgewählt wurden.

Im Vergleich zu anderen möglichen Auswahlmethoden (Wettbewerb, Wahl, Ernennung) hat das Losverfahren den Vorteil, dass es zugleich Chancengleichheit, Unparteilichkeit und Repräsentativität der ausgewählten Bürger\_innen gewährleistet. Beim Losverfahren haben alle exakt die gleiche Chance, ausgewählt zu werden. Vor allem aber werden alle Personen als grundsätzlich kompetent angesehen, die der Versammlung anvertraute Aufgabe zu erfüllen, was eine gewisse Demut vor der Verantwortung hervorruft (Courant 2018: 257f): Es kann angenommen werden, dass die Teilnehmer\_innen verantwortungsvoll und besonnen sind und sich denjenigen Personen, die nicht am Konvent teilnehmen, nicht überlegen fühlen, weil sie genauso gut nicht hätten ausgewählt werden können. Der Konvent unterstrich diese Gleichbehandlung, indem er seine Mitglieder entschädigte, damit mit der Teilnahme keine finanziellen Nachteile verbunden waren.

Zur Bildung des Bürger\_innenkonvents für das Klima führte der CESE im Sommer 2019 ein Losverfahren durch. Danach wurden 300.000 Bürger\_innen ausgewählt, von denen 30 Prozent ihr Interesse bekundeten, an dem Konvent teilzunehmen. Aus dieser Gruppe wurden schließlich auf Grundlage von sechs Kriterien 150 Bürger\_innen sowie 40 Stellvertreter\_innen ausgewählt. Die herangezogenen Auswahlkriterien waren das Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, der sozio-professionelle Status, die Größe und die Region des jeweiligen Wohnorts. Ziel war es, ein möglichst repräsentatives Abbild der französischen Gesellschaft zu schaffen. Zwei Faktoren schränken die Repräsentativität allerdings ein: Zum einen führte eine Quotenregelung dazu, dass die ausgewählte Gruppe nur in Bezug auf die herangezogenen Kriterien repräsentativ war, was bei einer reinen Zufallsziehung nicht der Fall gewesen wäre. Zum anderen könnte die Möglichkeit, die Teilnahme am Konvent abzulehnen, bei Menschen, die sich selbst vielleicht für nicht kompetent genug erachten, zu einer Selbstzensur geführt haben. Dies führte zu einer gewissen Überrepräsentation von Personen, die sich ohnehin bereits politisch, insbesondere in Vereinen, engagieren.

Tabelle 1. Ein Vergleich von Bürger_innenversammlungen auf der ganzen Welt									
		Britisch-Kolumbien, Kanada	Ontario, Kanada	Niederlande	Island	Belgien	Irland	Irland	Frankreich
		2004	2006	2006	2010	2011	2012	2016	2019
<b>Rechtsrahmen</b>	Initiative	Regierung	Regierung	Regierung	Regierung	Keine	Regierung	Regierung	Regierung
	Thema	Reform des Wahlsystems	Reform des Wahlsystems	Reform des Wahlsystems	Politische Zukunft des Landes	Zukunft Belgiens	Verfassungsfragen	Abtreibung, Klima, Alterung, Referenden, Parlament	Absenkung des Treibhausgasausstoßes
<b>Art der Entscheidung von Vertreter_innen</b>	Art	Losverfahren nach Quoten	Losverfahren nach Quoten	Losverfahren nach Quoten	Losverfahren nach Quoten	Losverfahren nach Quoten	Losverfahren nach Quoten	Losverfahren nach Quoten	Losverfahren nach Quoten
	Zahl der Mitglieder	160	103	143	900 (anschließend 25 zum Ausarbeiten der Verfassung)	704, anschließend 32	66 (+33 Abgeordnete)	99	150
<b>Dauer und Art der Informationsgewinnung</b>	Dauer gesamt	8 Monate	9 Monate	keine Angabe	6 Monate (für die 25 Vertreter_innen)	500 Tage	14 Monate	5 Monate	9 Monate
	Dauer der Sitzungen	3 Monate	7,5 Monate	keine Angabe	keine Angabe	3 Wochenenden für die Gruppe der 32	Abstimmungen bereits in den ersten Sitzungen	keine Angabe	7 Wochenenden
	Einsatz von Expert_innen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
<b>Diskussionsmodalitäten</b>	Bildung von Kleingruppen	Ja (12)	keine Angabe	keine Angabe	Ja (3)	Ja (81)	Ja	Ja (14)	Ja
	Regeln zur Wortmeldung	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
<b>Mittel der Entscheidungsfindung</b>	Ergebnisse werden von der Versammlung erarbeitet	Abstimmung für die Änderung des Systems (146 ja, 7 nein)	Abstimmung für die Änderung des Systems (94 ja, 8 nein)	keine Angabe	Aushändigung der Vorschläge der 25 an das Parlament. Durchführung eines Referendums	Abstimmung über jeden der Vorschläge der Gruppe der 32 und Aushändigung an alle Abgeordneten	Änderung von 8 Verfassungsartikeln nach Abstimmung der Bürger_innenversammlung	40 Empfehlungen	150 Empfehlungen
	Vorschläge werden einem Referendum unterzogen	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja, aber nur 3	keine Angabe
	Erfolg oder Scheitern des Projekts	<b>Scheitern</b> Ablehnung von 58 % (Schwelle bei 60 %)	<b>Scheitern</b> Ablehnung durch Referendum (63,2 %)	<b>Scheitern</b> Ablehnung durch die Regierung	<b>Scheitern</b> Aussetzung trotz des erfolgreichen Referendums	<b>Scheitern</b> Kein politischer Auftrag	<b>Erfolg</b> 62 % Zustimmung zur Legalisierung der Homoehe	<b>Erfolg</b> 66 % Zustimmung zur Legalisierung der Abtreibung	<b>Keine Angabe</b>
	Beteiligung (im Fall eines Referendums)	61,5 %	52,1 %		48,7 %		60,5 %	64,1 %	keine Angabe

## Mittel der Informationsgewinnung

Untersuchungen zur deliberativen Demokratie weisen zwar regelmäßig auf die Bedeutung von Informationen für die Mitglieder der Bürger\_innenversammlungen hin, gehen aber fast nie auf die konkreten Modalitäten des Informationsaustausches ein. Informationen sind jedoch ganz entscheidend, sei es in Bezug auf die Art und Weise der Information (schriftliche oder mündliche Beiträge, Zeit zur Auswertung der Informationen usw.) oder in Bezug auf die Unterstützung durch Expert\_innen (Auswahl der Expert\_innen, getrennte Präsentationen oder kontroverser Meinungsaustausch zwischen den Expert\_innen usw.). Im Wesentlichen gibt es nur in einem Punkt Konsens: Die Qualität und die Vielfalt der Informationen sind entscheidend, um eine ausgewogene Debatte und sachgerechte Beratungen zu gewährleisten.

Bei Betrachtung anderer Experimente mit Bürger\_innenversammlungen wird deutlich, wie vielfältig die möglichen Vorgehensweisen sind. Im Fall Irlands sollten die Beiträge der Expert\_innen nicht unmittelbar zu einer Debatte führen: Die Referent\_innen hielten Vorträge und stellten gegensätzliche Standpunkte und ihre jeweiligen Argumente vor, ohne zu einer Diskussion aufzufordern. Im Gegensatz dazu folgten im Fall der Niederlande auf die Expert\_innenvorträge Diskussionen in Kleingruppen. In ähnlicher Weise präsentierten im Fall Belgiens jeweils zwei Expert\_innen ein Thema und ermutigten die Bürger\_innen, sich mit ihnen auszutauschen, um die Diskussion in Gang zu bringen.

Der französische Bürger\_innenkonvent hat etwa 140 Expert\_innen zu Wort kommen lassen. Ihre Rolle beschränkte sich auf die Darstellung von Fakten und die Beantwortung von Fragen der Konventsmitglieder, insbesondere zu den eher technischen Aspekten. Zudem wurde die Möglichkeit des Gegenüberstellens konträrer Standpunkte genutzt. Vor allem aber konnten die Konventsmitglieder selbst Expert\_innen hinzuziehen, wenn ihnen Informationen fehlten: »Wir haben regelrecht »Einkaufslisten« geschrieben mit Leuten, die wir treffen wollten, und – wenn wir die Namen nicht kannten – Expertisen, die wir benötigten« (Interview mit dem Konventsmitglied Grégoire F.).

## Diskussionsmodalitäten

Am ausführlichsten werden in der Forschung zu deliberativer Demokratie die Diskussionsmodalitäten behandelt. Bernard Manin listet in seinem Überblick über die Fachliteratur alle Möglichkeiten auf, wie der auf dem Austausch von Argumenten basierende Kommunikationsprozess zwischen den Mitgliedern einer Gruppe die Diskussion verzerren kann, bevor eine Entscheidung getroffen wird:<sup>4</sup> Polarisierung, sozialer Vergleich, Dominoeffekt, Segmentierung, Bestätigung usw. (Manin 2011: 85). Diese Verzerrungen können entweder dazu führen, dass die Beratenden in ihren Positionen immer extremer werden oder dass sie keine

<sup>4</sup> Die Diskussion ist ein Prozess und keine Phase. Auch wenn einige Prozesse zeitlich begrenzt sind, sind sie durch Wechselwirkungen miteinander verbunden, die über definierte Zeitgrenzen hinausgehen. So haben sich die beratenden Mitglieder wie bei einer Fortbildung auch weiter mit Expert\_innen ausgetauscht.

Alternativen mehr in Betracht ziehen. Um diesen Effekten entgegenzuwirken, wird betont, wie wichtig eindeutige Regeln sind, durch die eine geordnete, informierte und wirklich kollektive Erörterung von entgegengesetzten Argumenten in einem Klima des Vertrauens möglich wird, d. h. eine Debatte, die ohne Meinungsführer\_innen, ohne Angst vor dem Urteil der anderen und ohne Tabus geführt wird (Thuderoz 2017: 330).

Die Arbeitsweise des Konvents folgte diesen Prinzipien weitgehend. »Der größte Teil des Austauschs findet in Untergruppen statt, damit die Mitglieder Zeit zum Gespräch haben, sich wohlfühlen und gemeinsam produktiv sein können. Fachleute für den Bürger\_innendialog begleiten diesen Austausch, ohne ihn jedoch zu beeinflussen: Das Wort haben die Mitglieder. In regelmäßigen Abständen teilt jede Gruppe den gesamten 150 Mitgliedern ihre Ergebnisse mit.«<sup>5</sup> Das System der Kleingruppen trägt dazu bei, die Meinungsvielfalt zu fördern und anhand individueller Erfahrungen Widersprüche aufzuzeigen.

Innerhalb des Konvents wurden fünf thematische Gruppen gebildet. Der Zuständigkeitsbereich dieser Gruppen wurde bald erweitert. »Wir wurden auf fünf Arbeitsgruppen verteilt, die später noch erweitert wurden, weil wir zusätzliche Themen hatten, mit denen sich die Mitglieder beschäftigen wollten« (Interview mit Grégoire F.).

Der Ansatz der Kleingruppen ist in »Mini-Publics« häufig zu beobachten (Tabelle 1). Dabei muss u. a. entschieden werden, wie die Themen auf die Gruppen verteilt werden und ob die Mitglieder hier individuelle Wünsche äußern können. Im Rahmen des Konvents beschäftigten sich die Mitglieder nicht unbedingt mit ihren bevorzugten Themen, sondern mussten diese anderen überlassen.

»Die Idee war, dass wir uns nicht aussuchen konnten, woran wir arbeiten wollten, weil wir aus der Sicht eines Bürgers bzw. einer Bürgerin und nicht aus der Sicht eines Experten bzw. einer Expertin an die Sache herangehen sollten. Auch wenn jeder und jede von uns eigenes Fachwissen mitbringt – in der Gruppe von 150 merkt man, wie wenig man eigentlich weiß. Ich sage gerne, dass wir versuchen, wie ein Schwamm zu funktionieren: Man kommt so ausgetrocknet wie möglich an, um möglichst viele Informationen aufzusaugen und sich so eine Meinung als Halbprofi zu bilden« (Interview mit Grégoire F.).

Durch diese Herangehensweise kam der kollektive Aspekt des Beratungsprozesses zum Tragen und zwischen den Konventsmitgliedern entstand Vertrauen.

Zudem erlaubte der Diskussionsprozess die Äußerung unterschiedlichster Meinungen und einen regen Austausch zwischen den Untergruppen. Die Beratungen waren so organisiert, dass neben Diskussionen im Plenum und in den Untergruppen auch Zeit für die Anhörung von Expert\_innen

<sup>5</sup> *Convention Citoyenne pour le Climat* (2020): Foire aux questions; [www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/foire-aux-questions](http://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/foire-aux-questions).

und den informellen Austausch blieb. Dadurch fanden die Mitglieder jeweils zum richtigen Zeitpunkt Antworten auf ihre Fragen. In allen Gruppen wurden Gesprächsregeln eingeführt, wie z. B. Tischumfragen oder die Begrenzung und gerechte Verteilung der Redezeit. Und nicht zuletzt wurden die Beratungen der offiziellen Konventssitzungen durch laufende Diskussionen über die sozialen Netzwerke ergänzt: »Wir diskutieren auch viel unter uns, wir haben unsere Whatsapp-Gruppe, in der wir 90 oder 100 Leute sind und jeden Tag über die Vorschläge sprechen« (Interview mit Grégoire F.). Diese Verwendung von Online-Tools für den Informationsaustausch liesse sich sogar auf die gesamte Bevölkerung ausweiten. Der kürzlich gegründete »Verein der Bürger\_innen des Klimakonvents« (*Association des Citoyens de la Convention Climat*) weist in diese Richtung.

### Instrumente der Entscheidungsfindung

Die Erfahrungen, die zu Bürger\_innenversammlungen weltweit vorliegen, lehren, dass Bürger\_innen, wenn sie Wissen zu komplexen Themen vermittelt bekommen, durchaus in der Lage sind, einen Beratungs- und Entscheidungsprozess erfolgreich durchzuführen. Die erarbeiteten Vorschläge finden in den letzten Plenarsitzungen meist weitgehende Zustimmung. Auch beim französischen Konvent für das Klima war das der Fall: Von den 150 diskutierten Vorschlägen wurde nur ein einziger verworfen.

Das Problem ist also nicht die Art der Entscheidungsfindung in den »Mini-Publics«, in denen meist Konsens herrscht, sondern vielmehr, was aus den Vorschlägen wird, die sich aus den Beratungen ergeben: Sie können entweder der Exekutive, dem Parlament oder mittels eines Referendums unmittelbar der gesamten Bevölkerung vorgelegt werden. Bei den anderen Experimenten weltweit (Tabelle 1) wurden in der Regel Referenden durchgeführt. Die Frage nach der Legitimität der »Mini-Publics« ist hier entscheidend. Sie betrifft erstens die Veranlassung der »Mini-Publics« und die Auswahl der Teilnehmer\_innen (Legitimität durch die *Inputs*), zweitens die Qualität der Beratungen (Legitimität durch den *Throughput*) und drittens die Beziehung zwischen dem »Mini-Public« und dem Volk als Souverän (Legitimität durch die *Outputs*). In diesem Rahmen kann die Durchführung eines Referendums zur Bestätigung der Arbeit der Bürger\_innenversammlung die Legitimität des Prozesses erhöhen – und insbesondere auch mögliche Schwächen auf der Input-Seite ausgleichen.

Der französische Konvent unterscheidet sich von anderen Bürger\_innenversammlungen dadurch, dass er sich dazu entschieden hat, zur Umsetzung seiner Vorschläge nebenineinander den Weg der Verordnungen, der Gesetze und des Referendums zu wählen. Eine eingehende Untersuchung der Vorschläge lässt erkennen, wie die Konventsmitglieder die ökologische Wende in Frankreich bewerkstelligen wollen.

## DIE VORSCHLÄGE DES BÜRGER\_INNENKONVENTS: LÖSUNGEN FÜR DEN ÖKOLOGISCHEN NOTSTAND?

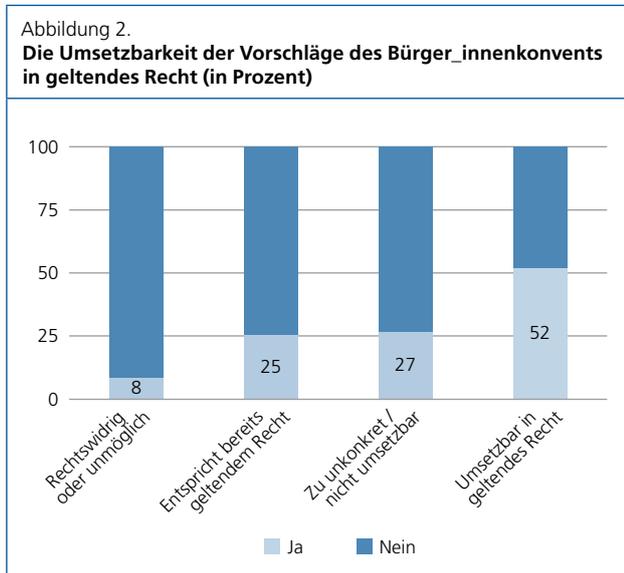
Im Spätsommer 2020 legte der Konvent schließlich 149 Vorschläge vor (CCC 2020). Trotz zahlreicher Medienberichte über einzelne Vorschläge, die manchmal fälschlicherweise als Leuchtturm-Projekte dargestellt wurden, sind der französischen Bevölkerung die meisten Vorschläge des Konvents bislang allerdings weitgehend unbekannt geblieben. Der symbolträchtigste Vorschlag ist der eines Referendums über die Änderung der Verfassungspräambel, mit welcher der Schutz der Umwelt in die Verfassung aufgenommen werden soll. Andere Maßnahmen wie die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von 130 auf 110 km/h sind äußerst unpopulär und wurden häufig von der Opposition benutzt, um die gesamte Arbeit des Konvents in Verruf zu bringen. Am häufigsten haben die Franzosen und Französinen von den Vorschlägen gehört, sämtliche nicht wärmeisolierten Gebäude energetisch zu sanieren, Inlandsflüge zu verbieten, wenn es eine alternative Bahnverbindung unter vier Stunden gibt, Werbung für umweltschädliche Produkte zu verbieten und bis 2040 einen Anteil von 50 Prozent ökologischer Landwirtschaft anzustreben.

Umweltverbände und Umweltschützer\_innen haben seit Ende des Konvents regelmäßig in den Medien kritisiert, dass die Regierung diese Vorschläge entweder zerstückelt oder sogar völlig ignoriert hat. Über diese kritischen Medienkommentare versuchten sie auch die von den Konventsmitgliedern vorgeschlagenen Maßnahmen den Franzosen und Französinen näherbringen. Im Folgenden werden die Grundzüge der Vorschläge des Konvents herausgearbeitet.

Dabei sind zunächst zwei einschränkende Bemerkungen zu machen. Auch wenn parallel zu den Beratungen der Konventsmitglieder ein Rechtsausschuss eingerichtet wurde, um die rechtliche Umsetzbarkeit der erarbeiteten Vorschläge sicherzustellen, konnten nicht alle Vorschläge auf diese Weise für die Umsetzung vorbereitet werden. Darauf verweist der Konvent in seinem Abschlussbericht und räumt ein, dass bei der Umsetzung seiner Vorschläge weitere Anstrengungen erforderlich sein werden. Dies ist ein wichtiger Vorbehalt in Bezug auf die Arbeit des Konvents (CCC 2020: 453). Eine zweite Einschränkung besteht darin, dass zahlreiche Vorschläge recht ungenau formuliert sind, sodass nicht klar wird, wie sie umgesetzt werden können. Die stellte die Mitglieder des Rechtsausschusses häufig vor Probleme bei der Erarbeitung rechtlicher Umsetzungsmöglichkeiten untersuchte. Deshalb entschied er sich generell dazu, verschiedene Umsetzungsvarianten vorzuschlagen, die von einer einfachen Empfehlung bis hin zu einer Kodifizierung in Gesetzen oder Rechtsverordnungen reichen.

Abbildung 2 veranschaulicht die 177 Vorschläge und Untervorschläge des Bürger\_innenkonvents in Bezug auf ihre rechtliche Umsetzbarkeit. Wir haben die Vorschläge in vier Kategorien unterteilt, die sich auch überschneiden können: 8 Prozent der Vorschläge sind rechtswidrig oder im bestehenden Rechtsrahmen nicht umsetzbar; 25 Prozent der

Vorschläge entsprechen bereits geltendem Recht; 27 Prozent der Vorschläge sind zu unkonkret und 52 Prozent der Vorschläge sind unmittelbar in geltendes Recht umsetzbar. Tatsächlich kann also Macrons Versprechen, die Vorschläge des Konvents »ungefiltert« zu übernehmen, nur für etwa die Hälfte davon gelten.

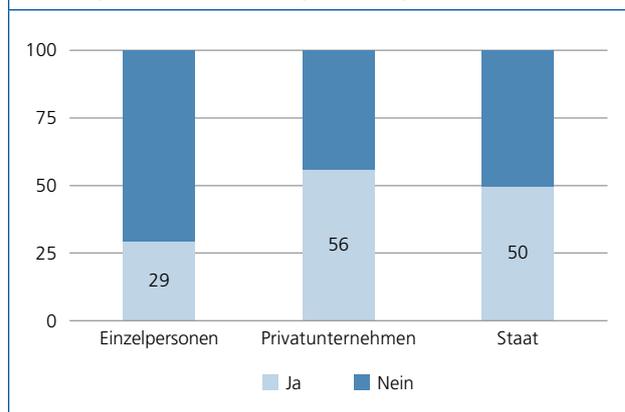


### Ressortübergreifende Vorschläge

Die Vorschläge des Konvents sind als »einheitliches Ganzes gedacht, das in den nächsten zehn Jahren Hunderttausende von Arbeitsplätzen schaffen und den Franzosen und Französischen ein besseres Leben ermöglichen kann, ohne jemanden außen vor zu lassen« (Mélanie, Konventsmitglied, anlässlich der Rede von Emmanuel Macron vor den 150 Mitgliedern des Konvents am 29. Juni 2020 im Élysée-Palast). Sie verlaufen quer zu allen Politikbereichen und Zielgruppen: Ein Viertel der Vorschläge betrifft Privatpersonen, etwa die Hälfte den Staat und private Unternehmen (Abbildung 3).

Die Vorschläge sind in fünf Themengebiete unterteilt. Das Kapitel »Konsum« beinhaltet Anregungen, wie weniger und besser konsumiert werden kann. Das Kapitel »Produktion und Arbeit« enthält Vorschläge, wie nachhaltiger und ohne Umweltbelastung produziert werden kann. Das Kapitel »Mobilität« befasst sich mit einer neuen Raumordnung und Änderungen im Hinblick auf Verkehrsmittel. Die Vorschläge im Kapitel »Wohnen« zielen auf die energetische Sanierung sowie nachhaltiges Bauen ab. Ziel des Kapitels »Ernährung« ist es, die Treibhausgasemissionen der Lebensmittelproduktion zu reduzieren und gleichzeitig eine gesunde, nachhaltige und qualitativ hochwertige Ernährung zu fördern. Die Einordnung dieser Vorschläge belegt, dass Umweltpolitik »nicht nur einen Politikbereich im traditionellen Sinn betrifft, sondern oft quer zu vielen herkömmlichen Bereichen wie Landwirtschaft, Energiegewinnung, Gesundheit usw. verläuft« (Lascoumes 2008: 29).

Abbildung 3.  
**Die Zielgruppen der Vorschläge des Bürger\_innenkonvents**

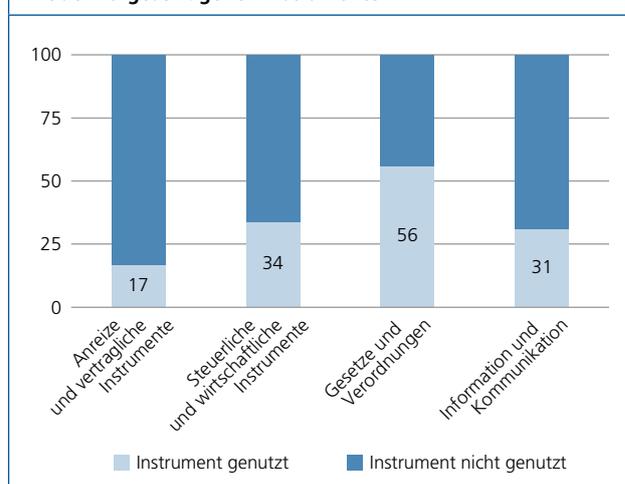


### Vielfältige Instrumente

Da die Vorschläge des Konvents bereichsübergreifend sind, bietet es sich an, die Art der vorgeschlagenen Instrumente zu betrachten (Abbildung 4). »Anreize und vertragliche Instrumente«, also die Erteilung von bestimmten Rechten, Genehmigungen und Zulassungen betreffen 17 Prozent der Vorschläge. »Steuerliche und wirtschaftliche Instrumente« wie Subventionen, Finanzhilfen, Abgaben, Steuern und Zölle machen 34 Prozent der Vorschläge aus. »Gesetze und Verordnungen« kommen in 56 Prozent der Vorschläge zur Anwendung. Instrumente der »Information und Kommunikation« betreffen schließlich 31 Prozent der Vorschläge. Diese Instrumente werden sehr oft miteinander kombiniert.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Verfassungsänderungen und Finanzierungsmethoden gelegt. Die Zustimmung zu diesen Vorschlägen fiel geringer aus und lag zum Teil bei weniger als 60 Prozent. Gesetze und Verordnungen, die überwiegend Verpflichtungen und Verbote vorsehen, wurden am häufigsten als Instrument eingesetzt – deutlich häufiger als steuerliche Instrumente. Dies ist typisch für eine dezentralisierte Politik und wirft die Frage nach dem Staatsverständnis des Bürger\_innenkonvents auf.

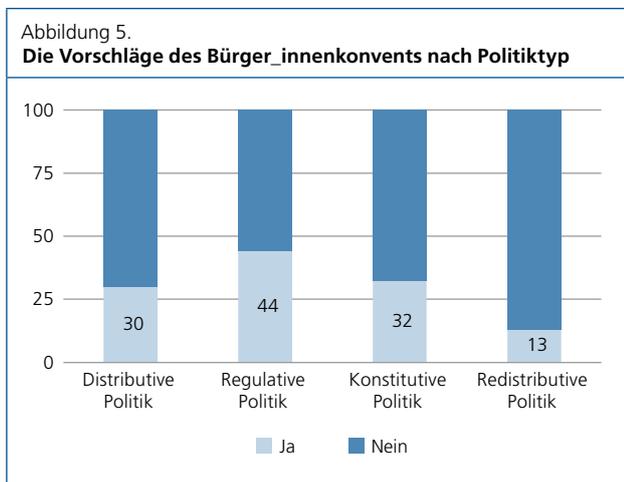
Abbildung 4.  
**Art der vorgeschlagenen Instrumente**



## Der Staat als Regulierer

Um zu verstehen, welche Rolle die Konventsmitglieder dem Staat zumessen, haben wir die Vorschläge des Konvents entsprechend der vier Grundtypen staatlicher Politik - regulative, distributive, redistributive und konstitutive Politik - zugeordnet.

Der Konvent hat einen Schwerpunkt auf regulative Politik gelegt (44 Prozent), die sich direkt auf das Verhalten der Menschen auswirkt, gefolgt von der konstitutiven Politik (32 Prozent), die sich indirekt auf die Lebensumstände der Menschen auswirkt (Abbildung 5). Diese beiden Arten von staatlicher Politik gehören zu den Merkmalen, die einen regulierenden Staat kennzeichnen (Casella-Colombeau 2019: 679). Dieser Art staatlicher Politik haben die Konventsmitglieder den Vorrang gegenüber den Modellen eines interventionistischen bzw. eines gestaltenden Staates eingeräumt.



## SCHLUSSFOLGERUNG

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre eine abschließende Bilanz des Bürger\_innenkonvents zum Klimaschutz zwangsläufig unvollständig, da nach wie vor ungewiss ist, wie es mit seinen Vorschlägen weitergeht. Zwar sind einige davon im Sommer 2020 umgesetzt worden, viele befinden sich jedoch noch in regierungsinternen Beratungen und Verhandlungen und einige sind bereits abgelehnt worden. So wurde, noch während die Regierung daran arbeitete, die Vorschläge des Konvents in einen Gesetzestext zu überführen, eine Unterschriftenkampagne zur »Rettung« der Vorschläge gestartet, die zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes bereits ca. eine halbe Million Unterzeichner\_innen hatte. Und auch die Konventsmitglieder äußerten Zweifel an der von Präsident Macron zugesagten »ungefilterten« Übernahme ihrer Vorschläge. »Die Befürchtung haben wir [...]. Ich sage mir, wir machen unseren Job, wir tun, was wir tun müssen, und dann wird jeder das seine tun; wenn morgen die Regierung oder der Präsident beschließen, unsere Arbeit nicht zu berücksichtigen, werden sie dafür die Verantwortung übernehmen« (Interview mit Mélanie B.). In einer letzten Sitzung Ende Februar 2021 haben sich die Mitglieder des Konvents explizit mit der Frage auseinander-

gesetzt, inwieweit ihre Vorschläge von der Regierung aufgenommen wurden und Eingang in die Gesetzesinitiative »Klima und Resilienz« gefunden haben. Ihre Bilanz fiel ernüchternd aus: 56 Prozent sind unzufrieden mit dem Ausmaß, in dem ihre Vorschläge aufgenommen wurden, gegenüber nur 7 Prozent, die sich zufrieden zeigen. 71 Prozent sind der Auffassung, dass die Regierungsvorschläge nicht ausreichend sein, um die dem Bürgerkonvent gestellten Ziele zu erreichen. Dem kontrastiert die positive Einschätzung der Konventsmitglieder, dass ihre Arbeit nützlich war im Kampf gegen den Klimawandel und dass der Konvent zu einer Verbesserung des demokratischen Lebens beigetragen habe (CCC 2021: 161ff).

Das demokratische Experiment in einen politischen Erfolg umzuwandeln, bleibt die größte Herausforderung für den Konvent. Der Schlussbericht der Konventsmitglieder bestätigt, dass das Experiment des Bürger\_innenkonvents gelungen ist und dass dieser unter Beachtung der Grundprinzipien der demokratischen Entscheidungsfindung seinen Teil erfüllt hat. Die anhaltenden Zweifel an der endgültigen Übernahme seiner Vorschläge zeigen, dass ein rechtlicher Rahmen fehlt, der die effektive Umsetzung der Vorschläge in geltendes Recht sichergestellt hätte. Dies ist eine Hürde, an der auch andere »Mini-Publics« in der Welt gescheitert sind. Frankreich hat unter diesem Gesichtspunkt nicht aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt.

Institutionalisierte Verfahren für Bürger\_innenversammlungen wären ein großer Fortschritt für die Funktionsweise moderner Demokratien. Doch nur mit echten rechtlichen Garantien für die politische Umsetzung ihrer Vorschläge können deliberative Prozesse gelingen und kann die Bürger\_innenbeteiligung gestärkt werden. Eine Verfassungsreform könnte insbesondere die Durchführung eines Referendums im Anschluss an jede Bürger\_innenversammlung vorschreiben und so einen neuartigen Mechanismus schaffen, der deliberative Demokratie und direkte Demokratie miteinander verbindet (Gougou / Persico 2020).

## LITERATUR

**Bonardel, Jean** (2019): *Le renforcement de la démocratie face à la crise environnementale*. Abschlussarbeit des dritten Studienjahrs, Sciences Po, Grenoble.

**Casella-Colombeau, Sara** (2019): Types, in: Boussaguet, Laurie et al. (Hrsg.): *Dictionnaire des politiques publiques*. 5. komplett überarbeitete Auflage, Presses de Sciences Po, Paris, S. 673–678.

**CCC – Convention Citoyenne pour le Climat** (2020) : Les Propositions de la Convention Citoyenne pour le Climat. Version vom 29.1.2021, in: <https://propositions.conventioncitoyennepourleclimat.fr/pdf/ccc-rapport-final.pdf>

**CCC – Convention Citoyenne pour le Climat** (2021) : Avis de la Convention Citoyenne pour le Climat sur les réponses apportées par le gouvernement à ses propositions. Version vom 2.3.2021, in : [https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/wp-content/uploads/2021/03/CCC-rapport\\_Session8\\_GR-1.pdf](https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/wp-content/uploads/2021/03/CCC-rapport_Session8_GR-1.pdf)

**Courant, Dimitri** (2018): Penser le tirage au sort. Modes de sélection, cadres délibératifs et principes démocratiques ; in: Chollet, Antoine / Fontaine, Alexandre (Hrsg.): *Expériences du tirage au sort en Suisse et en Europe: un état des lieux*. Schriftenreihe der Bibliothek am Guisanplatz Nr. 74, Bern, S. 257–282.

**Fishkin, James** (1995): *The Voice of the People: Public Opinion and Democracy*. Yale University Press, New Haven.

**Gougou, Florent / Persico, Simon** (2020): Décider ensemble. La Convention citoyenne pour le climat et le défi démocratique. In: *La Vie des idées*, 29.5.2020; <https://laviedesidees.fr/Decider-ensemble.html>.

**Lascoumes, Pierre** (2008): Les politiques environnementales. In: Borraz, Olivier / Guiraudon, Virginie (Hrsg.): *Politiques publiques. 1. La France dans la gouvernance européenne*. Presses de Sciences Po, Paris, S. 29–67.

**Manin, Bernard** (2011): Comment promouvoir la délibération démocratique? Priorité du débat contradictoire sur la discussion. In: *Raisons politiques* 42, S. 83–113.

**Thuderoz, Christian** (2017): *Décider à plusieurs*. Presses Universitaires de France, Paris.

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Caroline Roussy

**Frankreich im Sahel**

Warten auf die Europäische Union?

IPSOS-Studie für die Jean-Jaurès-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung

**Europäische Souveränität: Fokus Frankreich**

Paris, Februar 2021

Nicolas Leron

**Regionale Ungleichheit in Frankreich**

Debatten und politische Empfehlungen

Paris, Januar 2021

Bruno Ducoudré, Mathieu Plane, Raul Sampognaro und Xavier Timbeau

**Frankreichs Recovery-Strategie**

Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?

Paris, Dezember 2020

Borgnäs, Kajsa; Kellermann, Christian

**Deutschlands Recovery-Strategie**

Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?

Paris, Dezember 2020

Hadrien Clouet und Catherine Vincent

**Home Office in Frankreich**

Erfahrungen während der Pandemie

Paris, November 2020

Camus, Jean-Yves

**Die Profiteure der Angst? Frankreich**

Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise in Europa

Paris, November 2020

Simon, Edouard

**Die deutsch-französischen Beziehungen**

Eine Wiederbelebung in schwierigen Zeiten

Paris, November 2020

Finchelstein, Gilles

**Sozial-ökologischer Block in Frankreich**

Neue Perspektiven für die Präsidentschaftswahl

Paris, Oktober 2020

Maulny, Jean-Pierre

**Nach dem Brexit**

Europäische Sicherheitspolitik aus französischer Perspektive

Paris, September 2020

Morin, Chloé; Perron, Daniel

**Für einen neuen Blick auf das Älterwerden**

Überlegungen im Nachgang der Covid-Krise in Frankreich

Paris, August 2020

Bellais, Renaud

**Dienstpflicht statt Wehrpflicht**

Der Service national universel in Frankreich

Paris, Juli 2020

Zemmour, Michaël

**Sozialpolitik und Covid-Pandemie in Frankreich**

Soziale Schieflage trotz umfassender Mobilisierung des sozialstaatlichen Instrumentariums

Paris, Juli 2020

Billion, Didier

**Frankreichs Mittelmeerpolitik**

Ambitionierte Initiativen, überschaubare Resultate

Berlin, Juni 2020

Le Bras, Hervé und Warnant, Achille

**Ungleiches Frankreich**

Radiografie der sozioökonomischen und regionalen Disparitäten

Paris, Mai 2020

Laurent, Éloi

**Kommunen und sozial-ökologische Wende**

Erfahrungen aus Frankreich

Paris, März 2020

Bréchon, Pierre

**Die Werte der Franzosen**

Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben

Paris, Februar 2020

Rosignol, Laurence; Fourtic, Yseline

**Politische Parität in Frankreich**

Was ein Gesetz kann - und was nicht

Paris, Februar 2020

Guillou, Antoine

**Eine wirksame und gerechte CO<sub>2</sub>-Steuer**

Paris, Januar 2020

Gliniasty, Jean de

**Die Russlandpolitik Präsident Macrons**

Paris, Januar 2020

## ÜBER DIE AUTOR\_INNEN

**OPD2020\*** ist ein Autorenkollektiv aus Lehrenden und Studierenden des Studiengangs „Ökologische Transformation“ an der Sciences Po Grenoble.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegespräche (»Cercle stratégique«) über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (»Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog«) und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

## IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris  
41 bis, bd. de la Tour-Maubourg | 75007 Paris | France

[www.fesparis.org](http://www.fesparis.org)

Kontakt:

[fes@fesparis.org](mailto:fes@fesparis.org)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

\* Dieses Gemeinschaftsprojekt wurde im Rahmen des von **Florent Gougou** geleiteten Seminars »Wege der Bürger\_innenbeteiligung und Entscheidungsfindung« durchgeführt. An der Erstellung dieses Dokuments waren beteiligt: **Henintsoa Andriamandroso, Bérénice Blondel, Jean Bonardel, Ugo Capolungo, Emma Daurel, Florent Gougou, Guillaume Lane, Robin Large, Sasha Mackiewicz, Clara Pineda** und **Grégoire Ruivard**.

## DELIBERATIVE DEMOKRATIE UND ÖKOLOGIE

### Eine Bestandsaufnahme des französischen Bürger\_innenkonvents zum Klimaschutz



Frankreichs Präsident Macron reagierte auf die »Gelbwesten«-Proteste, die sich an der Anhebung der Steuern auf Treibstoffe entzündeten, unter anderem mit der Einberufung eines Bürgerkonvents für das Klima, der »Convention Citoyenne pour le Climat«. Damit wagte er in einer schwierigen gesellschaftlichen Situation ein für Frankreich bis dahin beispielloses demokratisches Experiment.



Der Konvent setzte sich aus 150 Bürgerinnen und Bürger zusammen, die einerseits per Losentscheid ausgewählt wurden, andererseits durch Anwendung sozialer Filter auch ein »Spiegelbild« der französischen Gesellschaft abgeben sollten. Ihnen wurde in einem von Konflikten geprägten sozialen und politischen Klima die Aufgabe übertragen, Antworten darauf finden, wie Frankreich unter Beachtung der Grundsätze sozialer Gerechtigkeit seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 Prozent mindern kann an, dessen Mitglieder per Losentscheid ausgewählt wurden, sollte in einem konfliktiven sozialen Klima.



Am Ende einer mehrmonatigen Arbeit legte der Bürgerkonvent im Spätsommer 2020 schließlich 149 Vorschläge zum ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft vor. Zeigte er sich mit deren Aufnahme durch die französische Regierung insgesamt wenig zufrieden, bewerteten die Mitglieder des Konvents ihre Arbeit allerdings als wichtigen Beitrag zur Überwindung des ökologischen Notstands und zur Verbesserung der Qualität der Demokratie.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

[www.fesparis.org](http://www.fesparis.org)